

# Wirtschaftsordnung und Grundgesetz

Eine Einführung in die Grundprobleme  
für Wirtschaftswissenschaftler, Juristen  
und Politologen

Herausgegeben von Wolfgang Bohling

unter Mitarbeit von

W. Bohling · J. Dambrowski · M. v. Hauff

B. Pfister-Gaspary · P. Pintz · K. Pregitzer

B. C. Schmidt · K. Thöne

3 Abbildungen und 2 Tabellen



Gustav Fischer Verlag · Stuttgart · New York

# Inhalt

Vorwort . . . . .	V
Autorenverzeichnis . . . . .	XIV
Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	XV

<b>Die Anforderungen des Grundgesetzes an die Wirtschaftsordnung . . . . .</b>	<b>1</b>
1. Zu den Begriffen und der allgemeinen Fragestellung . . . . .	1
2. Theorien zu einer aus der Verfassung abgeleiteten bestimmten Form der Wirtschaftsordnung . . . . .	2
2.1 Die «wertneutrale Wirtschaftsordnung» . . . . .	3
2.2 Die «soziale Marktwirtschaft» . . . . .	4
2.3 Die «gemischte Wirtschaftsverfassung» . . . . .	5
2.4 Die «wirtschaftspolitische Neutralität» . . . . .	5
2.5 Die «globalgesteuerte Marktwirtschaft» . . . . .	6
3. Wirtschaftsordnende verfassungsrechtliche Grundsätze . . . . .	7
3.1 Freiheitsverbürgungen . . . . .	7
3.1.1 Das Recht auf allgemeine Handlungsfreiheit . . . . .	8
3.1.2 Die Bedeutung der Meinungsfreiheit . . . . .	9
3.1.3 Die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit . . . . .	10
3.1.4 Das Grundrecht der Berufsfreiheit . . . . .	11
3.1.5 Die Eigentumsgarantie, das Erbrecht und die Sozialisierungsmöglichkeiten . . . . .	13
3.2. Das allgemeine Gleichheitsrecht . . . . .	17
3.3. Das Sozialstaatsprinzip . . . . .	19
3.3.1 Verankerung und Entwicklung des Prinzips . . . . .	19
3.3.2 Bedeutung und Ausstrahlung des Prinzips . . . . .	20
4. Die Interdependenzen der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundentscheidungen . . . . .	22

<b>Der Einfluß der bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidungen auf die Wirtschaftsordnung . . . . .</b>	<b>27</b>
1. Das Verfassungsgericht im Verfassungsgefüge . . . . .	27
2. Verfassungsgerichtliche und politische Entscheidungen . . . . .	28
2.1 Recht und Politik . . . . .	28
2.2 Das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber . . . . .	29
2.3 Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Wirtschaftsordnung . . . . .	30

3.	Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen und Demokratieverständnis – die Frage nach der Legitimation der Letztentscheidung . . . . .	31
4.	Methoden zur Objektivierung bundesverfassungsgerichtlicher Entscheidungen . . . . .	32
4.1	Auslegungsgrundsätze . . . . .	33
4.2	Die richterliche Selbstbeschränkung . . . . .	36
4.3	Die Auswahl der Richter . . . . .	39

**Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik und eine gleichmäßigere Verteilung des Vermögens als Forderung einer gerechten Wirtschaftsordnung . . . . .** 43

1.	Die Forderung nach einer Umverteilung des Vermögens	43
2.	Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik aus statistischer Sicht . . . . .	47
2.1	Probleme bei der statistischen Erfassung der Vermögensverteilung . . . . .	47
2.2	Die Entwicklung der Verteilung des Gesamtvermögens .	47
2.3	Die Entwicklung der Verteilung des Produktivvermögens . . . . .	48
3.	Vermögenspolitik durch Förderung der Spartätigkeit .	49
3.1	Staatliche Programme zur Sparförderung und zur Vermögensbildung . . . . .	49
3.2	Die Verteilungswirkungen staatlicher Sparförderung . .	51
3.3	Auswirkungen der Sparförderung auf weitere gesamtwirtschaftliche Größen . . . . .	52
4.	Vermögenspolitik durch Umverteilung des Produktivvermögenszuwachses . . . . .	53
4.1	Betriebliche Gewinnbeteiligung . . . . .	53
4.1.1	Der Grundgedanke der betrieblichen Gewinnbeteiligung	53
4.1.2	Verteilungswirkungen der betrieblichen Gewinnbeteiligung . . . . .	54
4.1.3	Auswirkungen des betrieblichen Ansatzes auf andere gesamtwirtschaftliche Größen . . . . .	56
4.1.4	Probleme der betrieblichen Gewinnbeteiligung . . . . .	57
4.2	Überbetriebliche Gewinnbeteiligung . . . . .	58
4.2.1	Der Grundgedanke der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung . . . . .	58
4.2.2	Die Verteilungswirkungen der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung . . . . .	59
4.2.3	Auswirkungen der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung auf andere gesamtwirtschaftliche Größen . . . . .	60

4.3	Investivlohn . . . . .	63
4.3.1	Das Konzept des Investivlohns . . . . .	63
4.3.2	Die Auswirkungen des Investivlohns auf die Vermögensverteilung . . . . .	64
4.3.3	Auswirkungen des Investivlohns auf Stabilität und Wachstum . . . . .	64
4.3.4	Zur Durchsetzung des Investivlohns . . . . .	66
5.	Schlußbetrachtung . . . . .	66
5.1	Vergleich der einzelnen Umverteilungsansätze . . . . .	66
5.2	Die politische Durchsetzbarkeit vermögenspolitischer Modelle . . . . .	67

<b>Die Konjunktursteuerung und das föderative System des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>71</b>
1. Grundlagen der Konjunktursteuerung . . . . .	71
1.1 Einleitung und Problemstellung . . . . .	71
1.2 Die Gefährdung wirtschaftspolitischer Ziele im Konjunkturzyklus . . . . .	72
1.3 Ziele und Wege der Konjunktursteuerung . . . . .	73
2. Das konjunkturelle Verhalten der Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit . . . . .	74
2.1 Der Einfluß der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage . . . . .	74
2.2 Das konjunkturelle Verhalten des Bundes . . . . .	76
2.3 Das konjunkturelle Verhalten der Länder . . . . .	78
2.4 Das konjunkturelle Verhalten der Gemeinden . . . . .	79
3. Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	80
3.1 Die Stellung des Bundes . . . . .	80
3.2 Die Stellung der Länder . . . . .	81
3.3 Die Stellung der Gemeinden . . . . .	82
3.4 Die Konkretisierung des föderativen Systems in der Finanzverfassung . . . . .	83
3.5 Konjunktursteuerung im Föderalismus versus Zentralismus . . . . .	83
4. Die Ursachen für das prozyklische Verhalten der Länder und Gemeinden . . . . .	84
4.1 Zieldifferenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden . . . . .	85
4.2 Die Anzahl der Gemeinden . . . . .	85
4.3 Die Prozyklik der Einnahmen . . . . .	86
4.4 Die strukturellen Unterschiede . . . . .	87

4.5	Das Wählerverhalten . . . . .	87
4.6	Regionale Konjunkturentwicklungen . . . . .	88
5.	Voraussetzungen für eine effiziente Konjunktursteuerung in einem föderativen System . . . . .	88

<b>Die Stellung der Deutschen Bundesbank im Rahmen der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung und ihr verändertes Gewicht durch den Beitritt zum EWS . . . . .</b>		<b>93</b>
1.	Rahmenbedingungen der Zentralbankautonomie . . . . .	93
1.1	Institutionelle Unabhängigkeit . . . . .	94
1.2	Personelle Unabhängigkeit . . . . .	94
1.3	Funktionelle Unabhängigkeit . . . . .	94
1.4	Unabhängigkeit beim Einsatz der Instrumente . . . . .	95
2.	Grenzen der Autonomie . . . . .	96
3.	Die Unabhängigkeit der Bundesbank in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion . . . . .	98
3.1	Gründe gegen eine unabhängige Bundesbank . . . . .	98
3.1.1	Geschichtliche Begründung . . . . .	98
3.1.2	Rechtliche Begründung . . . . .	98
3.1.3	Ökonomische Begründung . . . . .	98
3.1.4	Politische Begründung . . . . .	99
3.2	Gründe für eine unabhängige Bundesbank . . . . .	99
3.2.1	Geschichtliche Begründung . . . . .	99
3.2.2	Rechtliche Begründung . . . . .	100
3.2.3	Ökonomische Begründung . . . . .	100
3.2.4	Politische Begründung . . . . .	101
3.3	Für eine autonome Bundesbank . . . . .	101
4.	Der Beitritt zum EWS und seine Auswirkungen auf die Stellung der Bundesbank . . . . .	102
4.1	Ein Überblick über das Europäische Währungssystem (EWS) . . . . .	102
4.1.1	Die European Currency Unit (ECU) . . . . .	103
4.1.2	Interventionsregeln . . . . .	104
4.1.3	Leitkursanpassung . . . . .	105
4.1.4	Abweichungsindikator . . . . .	106
4.1.5	Beistandssysteme . . . . .	106
4.2	Problematik des EWS im Hinblick auf die Bundesbankpolitik . . . . .	107
4.2.1	Konflikt zwischen Wechselkurspolitik und internen Zielen der Wirtschaftspolitik . . . . .	107
4.2.2	Konsultationszwang der Währungsbehörden durch die Abweichungsschwellen . . . . .	108

5.	Das EWS und die Stellung der Bundesbank . . . . .	109
5.1	Innere versus äußere Stabilität der Währung . . . . .	109
5.2	Verhältnis zwischen Bundesbank und Bundesregierung .	110

**Die Interessenverbände als Lobbyisten – Eine Analyse ihrer Einflußnahme auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungsprozesse . . . . . 115**

1.	Die Vernachlässigung des Lobbyismus in der Theorie der Wirtschafts- und Sozialpolitik . . . . .	115
2.	Lobbyismus als Interessenpolitik . . . . .	115
2.1	Bedingungen und Formen des Lobbyismus . . . . .	116
2.2	Motive der Lobbyisten . . . . .	118
2.3	Die lobbyistischen Machtgrundlagen der Interessenverbände . . . . .	120
3.	Die Adressaten der Lobbyisten . . . . .	122
3.1	Parlament und Ausschüsse . . . . .	122
3.2	Regierung und Ministerialbürokratie . . . . .	123
4.	Beurteilung der Lobby-Funktion von Interessenverbänden . . . . .	124
4.1	Auswirkungen innerverbandlicher Bürokratie . . . . .	125
4.2	Das Problem der zunehmenden Verbandsmacht . . . . .	125
4.3	Die vernachlässigten Gruppen . . . . .	127
5.	Resümee . . . . .	127

**Die Verteilung der Planungsbefugnisse im wirtschaftlich-relevanten Bereich und deren Bedeutung für die Wirtschaftsordnung . . . . . 131**

1.	Problemstellung . . . . .	131
1.1	Inhalt von Planungen . . . . .	131
1.2	Organisation von einzelwirtschaftlicher und staatlicher Wirtschaftsplanung . . . . .	132
2.	Planung in der Marktwirtschaft . . . . .	134
2.1	Die konstitutiven Elemente von Wirtschaftsordnungen .	134
2.2	Planträger in der Marktwirtschaft . . . . .	134
3.	Notwendigkeit öffentlicher und privater Planung . . .	135
3.1	Wachsende Interdependenz wirtschaftlicher Entscheidungen als Grund vermehrter Planung . . . . .	135
3.2	Erweiterung des staatlichen Planungsauftrags . . . . .	136
4.	Probleme und Grenzen staatlicher Planung . . . . .	138
4.1	Grundrechte als Grenze für staatliches Planen? . . . . .	138
4.2	Ökonomische Begründung für eine Begrenzung der Planung . . . . .	138

4.2.1	Formale Grenzziehung zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Planungsaktivität . . . . .	138
4.2.2	Materielle Gründe für eine Begrenzung staatlicher Planung . . . . .	139
4.3	Zeitliche Restriktion . . . . .	140
4.4	Grenzen aus verfassungsrechtlicher Sicht . . . . .	141
5.	Die Auswirkungen vermehrter Planung auf die Wirtschaftsordnung . . . . .	142
5.1	Die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft . . . . .	143
5.2	Die neue Entwicklung . . . . .	144
5.3	Zurück zu mehr einzelwirtschaftlicher Planung? . . . . .	145
	<b>Tarifhoheit und Vollbeschäftigung . . . . .</b>	<b>147</b>
1.	Tarifhoheit . . . . .	147
1.1	Die verfassungsrechtliche Grundlegung . . . . .	147
1.2	Die gesellschaftliche Bedeutung . . . . .	147
1.3	Regelungsbefugnisse der Tarifvertragsparteien . . . . .	148
1.3.1	Normative Regelungen in Tarifverträgen . . . . .	148
1.3.2	Schuldrechtliche Regelungen in Tarifverträgen . . . . .	149
1.3.3	Instrumente der Tarifvertragspolitik . . . . .	150
2.	Vollbeschäftigungspolitik . . . . .	152
2.1	Das Vollbeschäftigungsziel . . . . .	152
2.2	Die Beschäftigungspolitik . . . . .	153
3.	Das Spannungsverhältnis zwischen Tarifhoheit und Vollbeschäftigung . . . . .	155
4.	Zur beschäftigungspolitischen Bedeutung tariflicher Normsetzung . . . . .	156
4.1	Der Lohn als Kostenfaktor . . . . .	157
4.2	Der Lohn als Nachfragefaktor . . . . .	158
4.3	Beschäftigungswirkungen qualitativer Tarifvereinbarungen . . . . .	158
5.	Stabilitätsgerechte Tarifpolitik; Voraussetzung für Vollbeschäftigung . . . . .	160
5.1	Die Rolle der Lohnpolitik in der Konjunkturpolitik . . . . .	160
5.2	Gefährdet die Tarifhoheit die Vollbeschäftigung? . . . . .	161
5.3	Zur Bindung der Tarifhoheit an Gemeinwohl und gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht . . . . .	163
	<b>Zur Rolle der Informationstechnologie im föderativ-marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland . . . . .</b>	<b>167</b>
1.	Zur Bedeutung der Informationstechnologie . . . . .	167
1.1	Information und marktwirtschaftliche Entscheidungen . . . . .	167

1.2	Ökonomische Aspekte der Technikanwendungen der Informationstechnologie . . . . .	168
1.3	Staats- und gesellschaftspolitische Perspektiven der Informationstechnologie . . . . .	169
2.	Anwendungsbereiche und Anwendungsmöglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien .	170
2.1	Anwendungsmöglichkeiten für Unternehmen . . . . .	171
2.2	Anwendungsmöglichkeiten in Haushalten . . . . .	172
2.3	Anwendungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich . .	174
3.	Ausgewählte Problemfelder der Informationstechnologien . . . . .	175
3.1	Informationstechnologie und Zentralisationsgrad des Staates . . . . .	175
3.2	Datenschutz in einer Informationsgesellschaft . . . . .	177
3.3	Zur Frage der Trägerschaft und Organisation der Kommunikationsnetze . . . . .	180
4.	Die Notwendigkeit von Informationsrecht und Informationspolitik . . . . .	183
	Register . . . . .	201